

"Eine Chance, die genutzt werden muss" in Tribune (19. Mai 1950)

Legende: Am 19. Mai 1950 unterstreicht die englische Wochenzeitschrift Tribune die Bedeutung der britischen Teilnahme an der Umsetzung des europäischen Plans zur Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion in Westeuropa.

Quelle: Tribune. Socialist-Independent-Fearless. Dir. of publ. LEE, Jennie; FOOT, Michael. 19.05.1950, n° 697. London: Tribune Publications Ltd. "A chance to seize", p. 3; 4.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/eine_chance_die_genutzt_werden_muss_in_tribune_19_mai_1950-de-e229fcb2-9fb4-4148-a597-d13c349d5c98.html



Publication date: 06/07/2016

Eine Chance, die genutzt werden muss

Auf Grund der spektakulären Art und Weise, in der die Franzosen ihren Vorschlag zur Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie Westeuropas publik machten und auf Grund der Tatsache, dass Deutschland das erste zur Teilnahme an diesem Projekt aufgerufene Land ist, richtete sich die weltweite Aufmerksamkeit in erster Linie unweigerlich auf die politische Tragweite des Projekts und erst dann auf dessen wirtschaftliche Auswirkungen. Doch ist es schwierig einzuschätzen, welcher der beiden Aspekte – der politische oder der wirtschaftliche – denn nun der Wichtigste ist.

Seit Ende des Krieges sind Versuche zu einer Verständigung auf eine klare und progressive Politik gegenüber Deutschland immer wieder durchkreuzt worden. Dies war nicht nur auf den grundlegenden Konflikt zwischen Sowjetrußland und dem Westen und der daraus folgenden Teilung Deutschlands zurückzuführen, sondern auch auf die Unmöglichkeit, französische Forderungen bezüglich der Sicherheit mit der von den Angloamerikanern betonten Notwendigkeit der Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Westdeutschlands in Einklang zu bringen. In den Augen der Franzosen ging die Bedrohung dabei nicht so sehr von einer deutschen Wiederbewaffnung und einem Wiedererstarken des deutschen Militarismus aus, sondern lag vielmehr in einem politischen und wirtschaftlichen Übergewicht, welches sich Westdeutschland künftig auf dem Kontinent durch die großen Rohstoffressourcen des Ruhrgebiets, technisches Fachwissen und den Fleiß des deutschen Volkes sichern könnte. Auch das massive Bevölkerungswachstum, hervorgerufen durch den Zustrom von Millionen ruiniertes und unzufriedener Flüchtlinge aus Ostdeutschland, könnte dazu beitragen.

Aus diesem Grunde – und eben nicht zur Befriedigung bekannter Interessen – versuchten die Franzosen, das zulässige Produktionsniveau der deutschen Stahlwerke so niedrig wie möglich festzulegen. Auch bestanden sie deswegen auf einer möglichst weitgehenden Demontage (obwohl hierbei Großbritannien den größten Teil übernahm und damit weitestgehend für die Unzufriedenheit der Deutschen verantwortlich ist) und blockierten durch ihr Veto fortwährend das alliierte „Gesetz Nr. 75“, demzufolge dem deutschen Volk selbst die Möglichkeit gegeben werden sollte, über die Eigentumsfrage in der deutschen Grundindustrie zu entscheiden.

Die Deutschen, zumindest aber diejenigen unter ihnen, die über diese Angelegenheit auf dem Laufenden waren, waren nicht nur über die französische Verschleierungstaktik verärgert, sondern deuteten diese auch als eine noch radikalere Fortsetzung der Politik Poincarés, die von einer Mischung aus plumper Rivalität und purer Rachsucht diktiert wurde. Die Amerikaner dagegen – und in geringerem Maße auch die Briten – waren im Hinblick auf einen Konflikt, durch den der viel versprechende Beginn der Zusammenarbeit zwischen den Ländern Westeuropas immer mehr unterzugehen drohte, von einer wachsenden Ungeduld beherrscht.

Die offizielle Abtrennung des Saarlands und der Plan zur Anbindung der saarländischen Industrie an die französische Wirtschaft brachten das Fass zum Überlaufen und schienen, vor allem in den Augen der Sozialisten, die Hoffnung auf eine deutsch-französische Aussöhnung für immer zu zerstören. Die Sozialisten glaubten, Frankreich wolle nicht nur jedes politische oder wirtschaftliche Erstarken Deutschlands verhindern, sondern das Land schien sich besonders jenen Idealen und Prinzipien zu widersetzen, die der Sozialdemokratie am meisten am Herzen liegen. Damit ist das Recht jedes Volkes gemeint, über die Zugehörigkeit zu einem Land und über Privatisierung oder Verstaatlichung seiner Industrieunternehmen frei und in Eigenverantwortung zu entscheiden.

Genau diese scheinbar hoffnungslose Situation soll durch die neuen Vorschläge Schumans auf radikalstem und dramatischstem Wege entflochten werden. Aus diesem einzigen Grund verdienen sie die Adjektive „historisch“ und „revolutionär“, welche zahlreiche Kommentatoren ihnen verliehen. Wenn sie erfolgreich umgesetzt werden, wird der jahrhundertalte Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich der Vergangenheit angehören, und er wird auf die einzige Art und Weise zu Ende gehen, die ein erneutes Aufflammen verhindern kann. Dies wird aber weder durch die gewaltsame Unterwerfung eines Landes durch ein anderes noch durch eine unilaterale Zwangsmaßnahme, sondern durch eine gleichzeitige, ebenbürtige und spontane Beschränkung der nationalen Souveränität erreicht.

Die Notwendigkeit des britischen Beitritts

Der französische Vorschlag richtet sich aber dennoch nicht ausschließlich an Deutschland; auch die Hoffnung, dem deutsch-französischen Konflikt ein Ende zu bereiten, ist nicht sein einziges, ja vielleicht nicht einmal sein Hauptziel. Dieser Vorschlag ist in erster Linie wirtschaftlicher Natur, deswegen muss auch zuallererst dessen wirtschaftliche Tragweite beurteilt werden. Momentan – also bis letztere mehr im Detail abzusehen ist – kann dies nur in beschränktem Maße geschehen, doch sollten vielleicht erst die Grundsätze des Projekts untersucht werden, bevor die Details bekannt sind. Es scheint in nämlich, dass die Vorschläge Schumans noch eine recht bruchstückhafte Form aufweisen und dass, sollte die Labour-Regierung jetzt die Initiative ergreifen, sie die noch fehlenden, konkreten Pläne beisteuern könnte.

Natürlich kommen einem in diesem Zusammenhang sofort Einwände in den Sinn.

Welcher Unterschied besteht zwischen diesem Projekt und dem Stahlkartell vor dem Krieg mit seiner fatalen Restriktionspolitik hinsichtlich Produktion, hoher Preise und Gewinne sowie der kalten Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Interessen jeglicher Art? Welche Vorteile kann man von einer internationalen Behörde erwarten, die scheinbar von den Personen aus dem „*Comité des Forges* (Verband d. Hüttenunternehmer, A. d. Ü.) und den Kohle- und Stahlbaronen aus dem Ruhrgebiet kontrolliert wird? Welches Interesse könnte die britische Labour-Regierung mit dem Beitritt zu einem solchen Zusammenschluss eigentlich verfolgen, der ihre Pläne zu Vollbeschäftigung aller Arbeitnehmer und nachhaltigem Wachstum der Industrie scheitern lassen könnte?

Das sind schwierige und legitime Fragen, die nicht einfach durch die Erklärung Schumans ausgeräumt werden können, derzufolge mit dem französischen Vorschlag nicht bezweckt werde, alte internationale Kartelle wieder zum Leben zu erwecken. Die wahren Antworten auf diese Fragen werden unweigerlich von der noch ungewissen Handlungsweise der Beteiligten abhängen.

Dennoch scheinen einige Punkte bereits mehr oder weniger sicher zu sein. Werden keine konstruktiven Gegenmaßnahmen ergriffen, ist zu befürchten, dass die europäischen Länder einschließlich Großbritanniens in zwei oder drei Jahren Gefahr laufen, einen nicht absetzbaren Stahlüberschuss zu haben. Die Wirtschaftskommission für Europa schätzt, dass dieser Überschuss im Jahre 1953 acht Millionen Tonnen erreichen könnte. Wird davon ausgegangen, dass die Prognosen der Kommission ungefähr stimmen, wäre das einzig mögliche Ergebnis hierbei die Auslösung einer Rivalität, welche die Stahlhersteller zu Wölfen werden ließe. Dieser Wettbewerb würde dann auch – so wie das die Kommission richtig vermerkte – nicht unbedingt dazu führen, dass nur die wirtschaftlichsten Hersteller überleben.

Es liegt auf der Hand, dass – wenn es wirklich zu einem solchen Zustand kommen sollte – der Grund dafür nicht in dem Umstand läge, dass Europa mehr Stahl produzieren würde als es theoretisch eigentlich verwenden könnte, sondern darin, dass die Entwicklung der stahlverwendenden Industrie gegenüber der Stahlproduktion im Verzug wäre. Was Europa und in noch größerem Ausmaße die unterentwickelten Länder der Welt eigentlich brauchen, ist ein nahezu unbegrenzter Anstieg des Stahlverbrauchs.

Amerika z. B. verdankt seine industrielle Überlegenheit der ganzen Welt gegenüber größtenteils einem viel höheren Stahlverbrauch. Wenn Europa den Anschluss an Amerika behalten will, muss es seinen Stahlverbrauch gleichermaßen ausbauen.

Doch ließe sich dieses wünschenswerte Ergebnis nicht automatisch ohne Abstimmung durch die Entwicklung der Stahlindustrie in den verschiedenen europäischen Ländern erreichen. Ungeachtet jeglicher Stahlnachfrage könnte sich die Überproduktion erneut bemerkbar machen, sollte der europäische Stahl nicht auf genau so effiziente und kostengünstige Art und Weise hergestellt werden wie der amerikanische, mit dem er ja konkurrieren soll, und sollten keine Maßnahmen zur Sicherung der gleichzeitigen Entwicklung jener Industrien getroffen werden, die Hauptverbraucher von Kohle und Stahl sind. Dabei handelt es sich, wie im sehr ausführlichen Bericht der Wirtschaftskommission zu lesen ist, dann um ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen, wenn eine wirksame Kooperation der wichtigsten Kohle und Stahl produzierenden Länder ausbleibt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die europäischen Länder noch in der Lage, die von ihnen produzierten Kohle- und Stahlmengen zu verbrauchen oder zu verkaufen. Doch wenn sich die Überschüsse erst einmal anzusammeln beginnen und schlechte Absatzzahlen erneut zu Arbeitslosigkeit führen, werden alle schädlichen Praktiken wie Dumping, Schutzzölle usw. wieder an der Tagesordnung sein. Dies wird so lange anhalten, bis sich schließlich die alten Stahlkartelle im Hinblick auf die Vermeidung eines ruinierenden Handelskrieges fast automatisch wieder zusammenschließen und mit allen bereits erwähnten schlimmen Folgen wieder ins Geschehen eingreifen.

Schon jetzt war von geheimen Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Industriellen zu diesem Zweck die Rede. Wird nichts zur Verhinderung einer derartigen Entwicklung unternommen, wird Großbritannien sich in einigen Jahren möglicherweise vor einem massiven und starken Block kontinentaler Konkurrenten befinden, durch den alles, was den Sozialisten in unserem Land gelang, zunichte gemacht werden könnte.

Es steht nicht in der Macht Großbritanniens, sich vor einem Wettbewerb oder einem Zusammenschluss dieser Art durch Isolation zu schützen, ganz egal welche Politik es verfolgt. Doch es ist in der Lage, sich vor dieser realen Gefahr zu schützen, indem es bei einer anderen Form des Zusammenschlusses eine aktive Rolle übernimmt und versuchen könnte, diesen nach wünschenswerteren Zielen umzugestalten.

Ich denke, dass die französischen Vorschläge eine solche Gelegenheit bieten. Sie sind nicht das Werk der Industriellen aus dem Ruhrgebiet oder des *Comité des Forges*. Wenn man den Nachrichten aus Frankreich Glauben schenken kann, ist der Ausschuss von diesem Projekt genau so angetan wie die Kommunisten. Schuman schlägt eine von den Regierungen ernannte internationale Behörde vor, die gemäß den Grundlagen arbeiten würde, die in den zwischen Regierungen geschlossenen Verträgen verankert wären und von den nationalen Parlamenten ratifiziert würden. Diese Behörde hätte dann über alle ihre Beschlüsse und Maßnahmen öffentlich Rechenschaft abzulegen und würde im Gegensatz zu den unter privater Führung stehenden Kartellen das Tätigkeitsfeld des Staates vergrößern, anstatt es zu verkleinern.

Natürlich besteht hierbei die Gefahr, dass in der Praxis auch die lobenswertesten Grundsätze umgestürzt werden und die internationale Behörde zum heimlichen Anwalt von Privatinteressen verkommt. Diese Gefahr bestünde ernsthaft, wenn das Projekt auf Deutschland und Frankreich beschränkt bliebe. Doch wenn Großbritannien von Anfang an dabei wäre und bei der Ausarbeitung aller Einzelheiten und der notwendigen Schutzvorkehrungen eine wesentliche Rolle spielte, könnte diese Gefahr auf ein Minimum herabgesetzt werden.

Das war auch die erste Reaktion der deutschen und französischen Sozialisten, als sie vom Vorschlag Schumans erfuhren. Sowohl die einen als auch die anderen betrachten den Beitritt Großbritanniens als unerlässlich und als besten Schutz vor der Gefahr, dass das Projekt ausartet und zur Bildung eines neuen internationalen Kartells führt. Die anderen Schutzvorkehrungen, auf denen Großbritannien dann als Bedingung für seine Kooperation bestehen müsste, hätten auch das Recht der Deutschen auf Verstaatlichung ihrer Kohle- und Stahlindustrie einzuschließen, sofern das Volk der Regierung hierzu den Auftrag erteilte. Ebenso müssten das Recht der Gewerkschaften auf Vertretung in der internationalen Behörde und vor allem die unabdingbare Pflicht der internationalen Behörde, die nachhaltige Entwicklung der industriellen Aktivität und die Vollbeschäftigung oder deren Aufrechterhaltung zum Grundstein ihrer Politik zu machen, hierbei berücksichtigt werden.

Was ihre unverbindliche Haltung gegenüber der Europäischen Union angeht, verwarf die Labour-Regierung das föderale Konzept oder die Idee, dass unsere Planwirtschaft – allerdings weiß niemand, wie dies geschehen soll – ohne Benachteiligung mit den „Laisser-faire-Volkswirtschaften“ der kontinentalen Völker fusionieren könnte. Dabei handelt es sich um eine weise Haltung, obwohl die wahre Alternative bis jetzt ergebnislos dargestellt wurde. Schumans Vorschlag zielt vielmehr auf die Idee einer Vereinigung mittels präziser wirtschaftlicher Verpflichtungen, durch welche die Planungsperspektiven im Hinblick auf Vollbeschäftigung erweitert anstatt verringert werden können. Lange bevor sich Schuman geäußert hatte, bemühten sich die sozialistischen Parteien Europas um die Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik in diese Richtung; wir freuen uns, dass die Labour-Regierung mit der Einberufung einer Konferenz in London über

dieses Thema so schnell die Initiative ergriff. Mit den französischen Vorschlägen bietet sich Großbritannien erneut eine günstige, vielleicht auch letzte Gelegenheit, aktiv an der Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Geschicks Europas teilzunehmen.

Nichts garantiert das Gelingen des Projekts, doch mit der Teilnahme der britischen Sozialisten stehen die Chancen gut, dass es zu einem wahrhaft fortschrittlichen Kooperationsinstrument wird. Ohne diese Teilnahme ist das Risiko, dass es verkommt und zum Instrument der Ruhmagnate wird, sehr groß. Und wenn das der Fall sein sollte, wird ganz Europa davon die Konsequenzen zu spüren bekommen.